

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 646 pbbn d



Inhalt

Ulrich Lang MdL, Landesvorsitzender der SPD in Baden-Württemberg, nach dem Aalener Landesparteitag: Die Beschlüsse in der Bevölkerung tragfähig machen. Seite 1

Bruno Friedrich MdEP antwortet Begin: Vermeidbare Belastung. Seite 3

Peter Schellschmidt fordert den CDU-Generalsekretär auf, sich beim Bundeskanzler zu entschuldigen: Geißler unter Niveau. Seite 4

Uwe Holtz MdB erörtert das bevorstehende entwicklungspolitische Hearing. Seite 5

Andreas von Bülow MdB, Bundesforschungsminister, schildert Projekte des Bundes für Behinderte: Hilfen gegen die Tücken des Alltags. Seite 7

Christa Randzio-Plath erläutert die Forderungen der Sozialistischen Frauen Internationale: Sechs Stunden täglich sind genug. Seite 9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 83

4. Mai 1981

Herausforderung im Südwesten

Die Beschlüsse in der Bevölkerung tragfähig machen

Von Ulrich Lang MdL

Landesvorsitzender der SPD Baden-Württemberg

Mit dem Landesparteitag in Aalen hat die südwestdeutsche SPD - abgesehen von dem Ringen in der Meinungsbildung zu Nachrüstung und NATO-Doppelbeschuß - Zeichen gesetzt und Weichen gestellt für wichtige Problembereiche, die in der Landespolitik zu bewältigen sind. Sozialer Wohnungsbau, neue Medien, sichere Arbeitsplätze, Integration benachteiligter Gruppen, Signale dazu weisen über Baden-Württemberg hinaus. Diskussion und Umsetzen der Aalener Beschlüsse - unter anderem ein einstimmiges Votum zu der Medienfrage sowie klare Zielsetzungen für eine vernünftige und gerechte Wohnungspolitik - begannen unmittelbar nach Aalen in den Kreisen und Ortsvereinen.

Da die SPD den Anspruch einer Volkspartei hat, muß sie den Willen haben zu regieren, auch wieder zu regieren im Südwesten. So machten die Beschlüsse deutlich, daß es neben Abrüstung und NATO-Beschluß noch eine Fülle von großen Herausforderungen an die Gesellschaft gibt. Es geht nun darum, die Beschlüsse des Parteitags durch lebhafteste Diskussion umzusetzen, in einer großen Breite der Bevölkerung tragfähig zu machen.



"Wir müssen zum Beispiel entscheiden, ob es hinzunehmen ist, daß eine kleine Zahl von Kapitalkräftigen die neue Glasfaser dazu benützt, uns mit einer Flut von kommerziellem, werbefinanziertem Fernsehen zuzudecken. Nirgends wie in der Frage der neuen Medien wird in den kommenden Jahren so dringlich und zugleich so praktisch gefragt werden, ob tatsächlich die Politik oder die Technik über unsere Lebensverhältnisse", war die Meinung der Delegierten in Aalen. Man schloß in diesem Zusammenhang nicht aus, auch plebiszitäre Maßnahmen, wie zum Beispiel Volksbefragung, zum Kampf gegen das Ausuferndes sogenannter neuer Medien einzusetzen: Wir brauchen einen breiten Block aus Kirchen, Gewerkschaften und Sozialdemokratie, um einen zügellosen Wildwuchs Einhalt zu gebieten.

Die SPD in Baden-Württemberg ist ein Vorreiter für die Sozialdemokraten im Bundesgebiet, was die Frage der Ausländer angeht. Weil sie als erste Fraktion ein Grundsattpapier vorgelegt hat, in dem sie die Einbindung unserer ausländischen Mitbürger in das politische und kulturelle Leben vorantreiben will. Die jetzige Beschluslage legt für die Landespartei fest, was viele Genossen schon vor Wochen hier im Land aktiv betrieben: Die theoretischen Konzepte, die von der Fraktion erarbeitet wurden, auch in der Partei im ganzen Land zu diskutieren und umzusetzen. Die Eingliederung von Randgruppen war schon immer Aufgabe der Sozialdemokraten.

Unter anderem auch von daher wird die SPD ihre Glaubwürdigkeit als die in der Arbeiterbewegung wurzelnde Volkspartei wahren und stärken können. Sie braucht Stärke und Stärkung gerade im Südwesten unserer Bundesrepublik, und sie wird alle Kräfte zusammenfassen, die notwendige Basis in Partei und Bevölkerung zu schaffen für eine künftig führende Rolle.

(-/4.5.1981/ks/ca)

+ + +



Vermeidbare Belastung

Israel, Saudi-Arabien, die PLO und wir

Von Bruno Friedrich MdEP

Vizepräsident des Europäischen Parlaments

Der israelische Außenminister Schamir, zuerst, und nach ihm Ministerpräsident Begin haben in heftiger Form Bundeskanzler Schmidt im Zusammenhang mit dessen Reise nach Riad und den danach abgegebenen Erklärungen angegriffen. Diese Angriffe sind ungerecht, sie verschieben die Realitäten des tatsächlich Geschehenen und sie sind eine vermeidbare Belastung der deutsch-israelischen Beziehungen.

Saudi-Arabien ist einer der für die wirtschaftliche Existenz der Bundesrepublik wichtigsten Staaten. Es ist die Pflicht des Bundeskanzlers, sich um gute Beziehungen zu bemühen. Das gleiche tun die USA, Großbritannien und Frankreich. Saudi-Arabien erhält von diesen Ländern umfangreichste und modernste Waffenlieferungen; das Awacs-System hat die Reagan-Regierung angeboten, Frankreich dominiert neuerdings in den Rüstungslieferungen bei Panzern und in der Marine, die britische Premierministerin möchte mehr Waffen nach Riad verkaufen, hat sie dort erklärt. Hat die israelische Regierung wirklich nicht begriffen, daß die Verweigerung deutscher Waffenlieferungen an Riad wesentlich durch die Rücksichtnahme auf Israel begründet ist? Die PLO-Erklärung des Kanzlers geht nicht über die Venedig-Erklärung der EG hinaus. Sie bleibt hinter dem zurück, was zum Beispiel der britische Außenminister Lord Carrington über die PLO sagt.

Die Worte des Kanzlers heben, bei sorgfältiger Prüfung, vor allem nicht auf, was bisher die erklärte Meinung des Bundeskanzlers war: Daß es eine Anerkennung der PLO für die Bundesrepublik und einen Palästinenserstaat unter Beteiligung der PLO nicht geben kann, so lange Israel von der PLO als Staat nicht anerkannt und der PLO-Terror nicht beendet wird.

Dies wird auch künftig die Auffassung der Mehrheit der deutschen Parlamentarier sein. Im übrigen gibt es viele, viele Menschen in Israel, die bereit sind, die Aussöhnung mit den Palästinensern zu suchen, wenn Israel anerkannt und der Terror eingestellt wird.

Die Kontroverse ist allerdings - ungeachtet der überzogenen Wahlkampfthemen Begins und Schamirs - eine nachdrückliche Warnung an die EG, auch an die Bundesrepublik, zu meinen, daß ein bloßes PLO- und Öl-Konzept ausreicht, um eine Stabilisierung im Nahen Osten zu erreichen.

Die EG hat sich bisher zu einseitig auf das Öl und die Palästinenserfrage konzentriert. Die Nah-Ost-Frage ist mehr als Öl und PLO; Europa muß die politische Stabilisierung unserer wichtigsten Nachbarschaftsregion insgesamt anstreben. Was für eine Art von Garantien wollen die Europäer dem Staat Israel anbieten? Militärische, politische oder ökonomische Garantien? Was sind wir bereit zu tun, um eine Stabilisierung im Libanon zu fördern? Dazu sind die EG-Positionen bisher zu vage gewesen, um Israel überzeugen zu können. Kurz: Die EG muß endlich ein überzeugendes Israel-Konzept vorlegen.

Soweit es um die deutsche Sozialdemokratie geht, hat sie drei zusätzliche Gründe, um für die Existenz des Staates Israel einzutreten:

1. Israel ist der einzige intakte demokratisch-pluralistische Staat an der asiatisch-afrikanischen Küste des Mittelmeeres. Israel hat langfristig eine Vermittlerfunktion zu den arabischen Staaten, was keine Illusion ist, wenn Camp David eine Chance der Verwirklichung erhielte.
2. Keine deutsche Regierung kann, keine deutsche Partei darf, kein Deutscher sollte sich dem Verdacht aussetzen, daß er mit seinen politischen Handlungen die Existenz des Staates Israel gefährdet, weil dies die Fortsetzung des dem jüdischen Volk in Auschwitz und anderswo unter Hitler angetanen Unrechts wäre.
3. So wie wir Deutsche aus unserer nationalen Spaltung heraus für die Selbstbestimmung der Völker eintreten, ist es uns unmöglich, angesichts der Mauer in Berlin einer Spaltung der Stadt Jerusalem das Wort zu reden. Die Jerusalem-Lösung muß, unter Beteiligung aller, die Einheit Jerusalems anstreben.
4. Der Staat Israel ist wesentlich von einer Arbeiterpartei gegründet und aufgebaut worden. Dies ist für deutsche Sozialdemokraten ein zusätzlicher Grund einer starken solidarischen Bindung an die Zukunft des Staates Israel. (-/4.5.1981/ks/ca)

+ + +

Geißler unter Niveau

Der CDU-Generalsekretär sollte sich beim Bundeskanzler entschuldigen

Von Peter Schellschmidt

Stellvertretender Sprecher des SPD-Vorstandes

Der CDU-Generalsekretär hat auf außenpolitischem Gebiet schon mehrfach seine Ahrungslosigkeit unter Beweis gestellt. Was er jedoch an diesem Wochenende in "Bild am Sonntag" zu den saudi-arabischen Waffenwünschen und zur Nah-Ost-Politik der Europäischen Gemeinschaft von sich gegeben hat, ist an Höflichkeit kaum noch zu überbieten. Zitat: "Willy Brandt kniete als erster sozialdemokratischer Bundeskanzler im Warschauer Jugendghetto nieder. Der zweite SPD-Kanzler will vor den arabischen Feinden Israels und vor ihrem Öl in die Knie gehen." Und weiter: "Aber Strauß hat sich immer wieder mit großem Nachdruck für die Sicherung der Existenz Israels eingesetzt. Dagegen redet Schmidt in Riad vor allem über die Anerkennung der PLO."

Nicht nur, daß Geißler völlig an dem tatsächlichen Verlauf der Nahost-Reise des Bundeskanzlers vorbeigeht, schlimmer noch: Der CDU-Generalsekretär stellt den Verlauf der innenpolitischen Diskussion auf den Kopf, wenn er die Union als die Kraft hinstellt, die auf Zurückhaltung bei Waffenexporten im allgemeinen und nach Saudi-Arabien im Besonderen drängt. Es ist der CSU-Vorsitzende und Begin-Freund Strauß, der auf einen möglichst schnellen Abschluß des Waffenhandels mit den Saudis drängt, es ist der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Zimmermann, dessen Argumentation in den letzten Wochen mehr der eines Waffenhändlers als des eines verantwortlichen Politikers ähnelte.

Im Prinzip ist es zu begrüßen, daß nun auch in der Union eine Diskussion über die künftige Waffenexportpolitik der Bundesrepublik beginnt, nachdem anfangs zu den entsprechenden Diskussionen in den Regierungsparteien nur Oppositions-Polemik zu hören war. Aber die Geißler-Äußerungen liegen weit unter dem Niveau einer vertretbaren politischen Auseinandersetzung. Er täte gut daran, sich zu korrigieren und sich für seine Unverschämtheit beim Bundeskanzler zu entschuldigen. (-/4.5.1981/ks/ca)

+ + +



Deutsche Entwicklungspolitik zu Beginn der 80'er Jahre

Der Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit sucht nach einer Antwort

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Der Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit wird am 6. Mai 1981 die Vertreter von zehn sachverständigen Institutionen und Organisationen öffentlich zum Thema "Deutsche Entwicklungspolitik zu Beginn der 80'er Jahre" anhören. Dies geschieht vor folgendem Hintergrund:

- Die zweite Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen (1971 bis 1980) brachte durchweg nicht die erhofften Fortschritte für die Entwicklungsländer. Vielfach verschlechterte sich die Lage der breiten Bevölkerungsschichten in den Entwicklungsländern sogar dramatisch, obwohl global gesehen mit Ausnahme der Mittel für öffentliche Entwicklungshilfe fast alle Wachstumsziele der Zweiten Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen ganz oder nahezu ganz erreicht worden sind. Ein zweiter Blick zeigt aber, daß dieses Wachstum extrem ungleich verteilt war zugunsten

a/ weniger relativ weit fortgeschrittener Entwicklungsländer;

b/ relativ kleiner, ohnehin bevorzugter Bevölkerungsschichten;

c/ kapitalintensiver, exportorientierter Branchen ohne positiven Bezug zur breiten Masse der Bevölkerung (Plantagenwirtschaft, Rohstoffgewinnung und so weiter).

Das hat gezeigt, daß vielfach Entwicklungsziele falsch gesetzt, Mittel nicht optimal angewandt und die richtigen Zielgruppen verfehlt worden sind.

- Um die Entwicklungsländer in der dritten Entwicklungsdekade (1981 bis 1990) wirksamer als bisher bei ihrem Bemühen unterstützen zu können, ihre wirtschaftliche und soziale Entwicklung voranzutreiben, wurden die bisherigen Entwicklungsstrategien gründlich überprüft und an die veränderten entwicklungspolitischen Gegebenheiten und Erkenntnisse angepaßt. Als Ergebnisse liegen unter anderem der Bericht der sogenannten Brandt-Kommission, die Strategie der Vereinten Nationen für die dritte Entwicklungsdekade, die am 1. Januar 1981 in Kraft getreten ist, und die entwicklungspolitischen Grundlinien der Bundesregierung vom Juli 1980 vor.

- Hiermit hat es jedoch nicht sein Bewenden. Der Dialog zwischen Nord und Süd über die Ziele und Möglichkeiten der Zusammenarbeit geht weiter. Bei dem angestrebten Globalen Dialog im Rahmen der Vereinten Nationen über alle wichtigen Entwicklungsfragen, dem auf Anregung der Brandt-Kommission zurückgehenden "kleinen" Nord-Süd-Gipfeltreffen in Mexiko im Oktober 1981 und dem Weltwirtschaftsgipfel in Ottawa im Juli 1981 werden entwicklungspolitische Grundsatzfragen behandelt werden. Die Konferenz der Vereinten Nationen über neue und erneuerbare Energiequellen im August 1981 und die Konferenz über die am wenigsten entwickelten Länder im September 1981 sollen der Konkretisierung und Umsetzung der vorliegenden Strategien dienen.

Trotz dieser Versuche, neuer Erkenntnisse in die politische Praxis umzusetzen, machen sich bei vielen Zweifel über den Nutzen der Entwicklungspolitik breit: Bestenfalls wird ihr von Kritikern Nutzlosigkeit zugeschrieben, aber es mehren sich auch Stimmen, denen gemäß die Entwicklungshilfe der Industriestaaten den Fortschritt der Dritten Welt hemmt, anstatt ihn zu fördern.



Bei dieser Sachlage hielt es der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit als entwicklungspolitisches Kontroll- und Initiativorgan des Bundestages für geboten, die entwicklungspolitische Konzeption der Bundesregierung in einer Art Zwischenbilanz einmal sehr grundsätzlich mit Sachverständigen zu erörtern und damit zugleich auch seine weitere Arbeit in der gerade begonnenen 9. Wahlperiode vorzubereiten. Bei der Anhörung wird es im Kern darum gehen, die entwicklungspolitischen Zielsetzungen der Bundesregierung und die Möglichkeiten ihrer Umsetzung in die Praxis zu überprüfen. Dem entsprechen die Schwerpunkte des Fragenkatalogs, den der Ausschuß erarbeitet und den Sachverständigen übersandt hat.

- In ersten Fragenkomplex geht es vor allen darum, ob die Aufgaben und Ziele der deutschen bilateralen und multilateralen Entwicklungspolitik richtig bestimmt sind, ob die Schwerpunktbildungen wie etwa die Konzentration auf die Bereiche ländliche Entwicklung, Energie und Schutz der natürlichen Ressourcen sowie die besondere Förderung der am wenigsten entwickelten Länder und die Kriterien für die Auswahl der Partnerländer befürwortet werden, ob diese Konzeption hinreichend mit den Konzeptionen anderer deutscher und der multilateralen Träger (EG, VN) abgestimmt ist, und ob schließlich das Instrumentarium, das Verfahren und die Bedingungen der deutschen Entwicklungspolitik geeignet sind, um diese Zielvorstellungen auch tatsächlich durchzusetzen.
- Der zweite Fragenkomplex zielt besonders darauf ab, Schwierigkeiten bei der Umsetzung der entwicklungspolitischen Zielsetzung in die Praxis zu ermitteln, die sich aus der Organisation und bei der Koordinierung der entwicklungspolitischen Tätigkeit von Bund, Ländern und privaten Trägern sowie der multilateralen Träger EG und VN ergeben, und hier Abhilfemöglichkeiten zu finden.
- Im dritten Fragenkomplex sollen vor allem die Möglichkeiten für eine Erhöhung der öffentlichen und privaten Leistungen für die Entwicklungszusammenarbeit und für eine Verstärkung der entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit erörtert werden.

Besonders die Unterstützung der Öffentlichkeit für eine breit angelegte Entwicklungspolitik, die auch unser eigenes Land nicht ausschließt, ist Voraussetzung für den Erfolg dieser Entwicklungspolitik. Deshalb hoffen wir gerade hier auf Vorschläge für eine Verbesserung der notwendigen Maßnahmen und auf Unterstützung für diese Politik.

Geladen sind die Durchführungsorganisationen der öffentlichen Entwicklungshilfe, Vertreter des DGB und der Wirtschaft, der Kirchen, Entwicklungshelferdienste und freien Träger, der Wissenschaft und der Bundesbank.

Die bereits eingegangenen schriftlichen Antworten der Sachverständigen zeigen, daß hinsichtlich der entwicklungspolitischen Zielsetzungen und der Schwerpunkte der Bundesregierung weitgehend Einigkeit herrscht. Unerschiedliche Standpunkte scheinen sich hinsichtlich der Durchsetzung dieser Ziele zu ergeben; vor allem bei den Vertretern der freien Träger scheinen Zweifel über die Wirksamkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen zu bestehen.

(-/4.5.1981/ks/ca)

+ + +



Hilfen gegen die Tücken des Alltags

Der Bund hilft den Behinderten auch mit seiner Forschungsförderung

Von Dr. Andreas von Bülow MdB

Bundesminister für Forschung und Technologie

Wir leben in einer Wohlstandsgesellschaft - inner noch - und es muß deshalb Ziel und Verpflichtung für uns sein, diesen Wohlstand und die damit verbundenen Lebenschancen auch in vollem Umfang Behinderten zugänglich zu machen. Gerade weil Behinderte in allen Altersgruppen vorkommen, müssen wir ihre Situation und ihre Lebensbedingungen verbessern. Seit März 1970 verwirklicht die Bundesregierung ein Aktionsprogramm zur Förderung der Rehabilitation Behinderter. In diesen Jahren seither sind zahlreiche Maßnahmen geschaffen worden, die eine umfassende medizinische, soziale und berufliche Wiedereingliederung von Behinderten in das gesellschaftliche Leben zum Ziele haben. In diesem Rahmen fördert das Bundesministerium für Forschung und Technologie durch verschiedene Programme eine Vielzahl von Vorhaben für behinderte Mitbürger. Wir haben dafür insgesamt 160 Millionen DM ausgegeben, die die körperlichen Leiden der Behinderten mildern sollen, die ihr Arbeitsleben erleichtern sollen und die ihre Situation im Verkehrssektor - also in einem Bereich, in dem die Behinderung besonders nachteilig ist - verbessern soll. Die Bundesregierung hat für den Auf- beziehungsweise den Ausbau von Berufsbildungs- und Berufsförderungswerken sowie für Werkstätten für Behinderte bisher 630 Millionen DM aufgewandt. In dem Programm "Humanisierung des Arbeitslebens" lassen wir untersuchen, wie man im Berufsleben auch die Nachteile der Behinderten abbauen kann, wie man zum Beispiel ihre Vermittlung auf dem freien Arbeitsmarkt verbessern und eine dauerhafte Beschäftigung für sie erreichen kann. Mit Hilfe dieses Programms kümmern wir uns auch darum, Maßnahmen zu entwickeln, die von vornherein Erkrankungen im Berufsleben und Berufsunfälle vermeiden helfen. Im Bereich des Gesundheitswesens stehen Frühdiagnosen zur Vermeidung von Krankheiten im Vordergrund. Wie in der allgemeinen Gesundheitsforschung müssen wir uns stärker als bisher darum bemühen, gesellschafts- und berufsbedingte Krankheiten von vornherein nicht entstehen zu lassen; die sogenannten präventiven Maßnahmen müssen an Gewicht gewinnen und hier werden wir in Zukunft auch mehr Geld aufwenden.

Dennoch ist es eine nicht zu leugnende Tatsache, daß Behinderungen nicht völlig vermieden werden können. Wir haben deshalb auch die Aufgabe, praktische Hilfen zu entwickeln, die behinderten Mitbürgern zugute kommen. Wir müssen also Arbeitsplätze schaffen, die Behinderte leicht ausführen können; wir müssen aber auch dafür sorgen, daß sie Arbeitsqualifikationen erwerben, die ihnen die Möglichkeiten geben, einen Arbeitsplatz in der freien Wirtschaft auszufüllen.

Für diese Ziele ist es von großer Bedeutung, mit dem Einsatz technischer Hilfen gerade bei schweren körperlichen Schäden eine Wiedereingliederung des Behinderten in seine soziale Umwelt zu erleichtern. Solche technischen Hilfen sind modernste Prothesen, gelenkige Rollstühle, Gehhilfen, aber auch Hilfen für Blinde oder Hör- beziehungsweise Sprachgeschädigte. In Rehabilitationszentren werden eine Fülle von solchen technischen Geräten erprobt und eingesetzt. Ich hoffe, daß wir den technischen Standard in der Bundesrepublik Deutschland gerade auch dazu nutzen, das Leid behinderter Menschen so weit als möglich abzumildern.

Ich werde mich deshalb auch in Zukunft darum bemühen, daß wir die in den Jahren 1971 beziehungsweise 1974 begonnenen entsprechenden Förderprogramme und -projekte fortsetzen und ausbauen.

Im Bereich der Nahverkehrsforschung steht in Berlin die Erprobung und Entwicklung eines Telebusses im Vordergrund. Dafür haben wir bisher seit 1978 41 Millionen DM eingesetzt. Quer durch alle Entwicklungen von Nahverkehrsfahrzeugen bemühen wir uns durch Standardstadtlinien-Busse wie das System S80 Gehbehinderter einen leichteren Einstieg zu ermöglichen. Es sieht auf den ersten Blick ziemlich einfach und simpel aus, aber wir erleben in der täglichen Praxis und Erfahrung immer wieder, daß es gerade viele kleine Fälle sind, in denen eine faktische Benachteiligung der Behinderten eintritt: Ich denke an Telefonzellen, die zu schmal sind, um mit dem Rollstuhl in sie hineinzufahren - hier hat ja inzwischen vermehrt die Bundespost neue derartige Telefonzellen eingesetzt -. Ich denke auch an zu schmale Aufzüge oder schwer überwindbare Treppen, die behinderten

Menschen den Zugang zu öffentlichen Gebäuden oder privaten Häusern erschweren oder unmöglich machen. Dies gilt eben auch für Verkehrsfahrzeuge, in die nicht alle Behinderte ohne größere Schwierigkeiten einsteigen und sie leicht nutzen können. Die unzähligen Tücken des Alltagslebens, die für behinderte Menschen so schwierig zu bewältigen sind, müssen wir herausfinden und abschaffen. Dazu ist viel Detailarbeit und ein intensiver Gedankenaustausch zwischen gesunden und behinderten Menschen nötig; sonst kommen wir häufig gar nicht auf die Schwachstellen, weil sie uns gesunden Menschen so selten auffallen.

In Berlin haben wir schwerpunktartig drei Vorhaben durchgeführt: Im Rahmen des Aktionsprogramms "Humanisierung des Arbeitslebens" konzentrieren wir uns auf die Wiedereingliederung Behinderter in das Berufsleben. Dazu haben wir eine Verbesserung medizinischer Betreuung, Rehabilitation und die Auswahl von Arbeitsplätzen, die auf jeweils individuelle Fähigkeiten passen, vorgesehen. Gerade bei der Arbeit müssen wir dafür sorgen, daß Behinderte sinnvolle Tätigkeiten verrichten, die ihren Lebensunterhalt garantieren und auch ihr Selbstwertgefühl stärken. Es kommt daher darauf an, daß in Behindertenwerkstätten das Profil der Arbeitsplätze verbessert wird. Hier läuft ein Modellversuch, mit dem wir hoffen, dieses Ziel zu erreichen.

Ganz besonders sind behinderte Menschen in der heutigen Gesellschaft benachteiligt. Deshalb haben wir in Berlin ein sogenanntes "Führungssystem für Blinde" entwickelt. Durch technische Hilfsmittel kann bis zu einem gewissen Grad eine Selbständigkeit auch für Blinde bei der Teilnahme am Straßenverkehr ermöglicht werden. Voraussetzung dafür ist ein integriertes Leit- und Orientierungssystem, das wir entwickelt haben. Es funktioniert durch den Einbau von sogenannten Sendeschleifen in Gehwegen, an Fußgängerüberwegen, an U-Bahnhöfen. Diese Sendeschleifen werden durch Signale über bestimmte Empfangskorridore gesteuert, die von Blinden mit kleinen Empfangsgeräten, die sie bei sich tragen, aufgenommen werden können. Diese Geräte informieren über Ampelphasen (Rot, Grün) über Gefahrenstellen wie Treppen und Bahnsteigkanten und über allgemeine Einrichtungen wie Telefone und Toiletten. Die Elektronik kann auch in diesem Sektor eine nützliche Hilfe sein und wir haben hier große Fortschritte erzielt, die Blinden bei der Bewältigung von Nachteilen im Straßenverkehr zugute kommen. Vielleicht können wir über einen sogenannten elektronischen Leitstrahl den Aktionsradius von Blinden noch entscheidend erweitern. Dies wird derzeit erprobt. Ferner helfen auch sogenannte Blindenstadtpläne, mit denen diese Menschen selbständig kleine Wegstrecken erkunden und ein besseres Verständnis ihrer näheren und weiteren geographischen Umwelt erlangen können. Es kommt darauf an, daß man auch blinden Menschen die Möglichkeit gibt, sich eigenständig in einer Stadt zu bewegen.

Schließlich der Telebus. Er ist das bekannteste Projekt und ist gedacht für diejenigen körperbehinderten Mitbürger, die bestehende öffentliche Verkehrsmittel nicht benutzen können. Der Telebus wird seit 1978 entwickelt und erprobt. Dieses in Berlin durchgeführte Forschungsvorhaben, in dem ein Fahrdienst für Behinderte aufgebaut und die erforderlichen Technologien entwickelt und erprobt werden, dient in vollem Umfang der verstärkten Integration von Behinderten in dieser Gesellschaft, insbesondere bei der für das Alltagsleben erforderlichen Mobilität. Der Telebus ist ein flächendeckendes Verkehrssystem und bietet insbesondere schwer- und gehbehinderten Personen die Möglichkeit, sich in der Gemeinschaft fast wie ein normaler Mensch zu bewegen. Uns allen muß klar sein, daß wir, um dieses Ziel zu erreichen, eine Tür-zu-Tür-Bedienung brauchen, damit der behinderte Mensch den Weg zwischen Wohnung und Fahrzeug einbeziehen kann. Das Telebus-Fahrzeug will diese Notwendigkeit erfüllen. Deshalb haben wir einen behindertengerechten Einstieg für den Stadtverkehr entwickelt und lassen Untersuchungen zum Sicherungssystem für Rollstühle und Rollstuhlfahrer in den Fahrzeugen durchführen. Wichtig ist auch, daß das Telebus-System die Möglichkeit bietet, Fahrtwünsche nicht nur längere Zeit im Voraus, sondern auch spontan anzumelden. Die dazu erforderliche Planung beim Verkehrsablauf erfolgt automatisch durch einen Rechner. Die entsprechenden Programmsysteme sind entwickelt und getestet worden und laufen derzeit im Probetrieb.

Bei dem derzeitigen Stand des Projektes bin ich überzeugt, daß das Konzept insgesamt günstiger Beförderungsalternativen im öffentlichen Verkehr bietet und für behinderte Menschen eine große Chance darstellt. Wir hoffen, daß wir über den Berliner Anwendungsfall hinaus weitere Städte mit anderen Strukturen finden können, die uns die Möglichkeit geben, weitere Telebus-Betriebe auch in der Bundesrepublik einzusetzen.

Ich freue mich, daß das Telebus-Vorhaben den Anstoß für einen vom Senat von Berlin begonnenen Vorhaben im Bereich "Reisen für Behinderte" gegeben hat, denn wir müssen ja auch dafür sorgen, daß Behinderte nicht nur innerhalb einer Stadt, sondern eben auch im ganzen Bundesgebiet oder vielleicht sogar sogar später einmal im Ausland reisen können.

(-/4.5.1981/ks/oa)

Sechs Stunden täglich sind genug
-----**Forderungen der Sozialistischen Fraueninternationale in Amsterdam**

Von Christa Randzio-Plath

Mitglied des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

Ihre zunehmende Besorgnis über die internationale Entwicklung äußerten die Vertreterinnen der sozialistischen Fraueninternationale Ende April in Amsterdam. Sie treten ein für eine atomwaffenfrei Zone in allen europäischen Ländern.

Die sozialdemokratischen Frauen stellten aber auch fest, daß Erwerbstätigkeit für mehr und mehr Frauen ein Privileg bedeutet. Insbesondere in Asien, Afrika und Lateinamerika haben Frauen kaum eine Chance, ihr Recht auf Arbeit zu verwirklichen. Doch auch in den europäischen Ländern versperrt die Krise auf dem Arbeitsmarkt den Frauen den Zugang zu Ausbildung und Arbeitsplatz. Übereinstimmend sprachen sich alle Frauen dafür aus, eine Kampagne zur Verkürzung der täglichen Arbeitszeit zu starten, Wenn auch viele über Arbeitszeitverkürzung reden, so kämpfen doch die sozialdemokratischen Frauen dafür, daß sie familienfreundlich ausfällt. Die Sozialistische Fraueninternationale erinnerte daran, daß es die Sozialistische Internationale im vorigen Jahrhundert war, die zum Acht-Stunden-Tag aufrief. Damit Männer und Frauen Familienaufgaben und Erwerbstätigkeit miteinander vereinbaren können, treten heute die Frauen für eine internationale sozialistische Initiative zur drastischen Verkürzung der täglichen Arbeitszeit ein.

"Die Arbeit einer Frau ist niemals getan", erinnerten insbesondere die Frauen aus der Dritten Welt, wo Frauen fast 20 Stunden täglich in der Landwirtschaft, für Familie und Nahrungszubereitung beschäftigt sind. Ähnliche Zustände prägen aber auch heute noch die Situation der Frau in südeuropäischen Ländern wie zum Beispiel in Spanien, wo nur 27 Prozent der Frauen einer bezahlten Arbeit nachgehen, die Landwirtschaft aber von ihrer Arbeitskraft genauso abhängig ist wie zum Beispiel der Handel. Dennoch sehen auch Frauen aus diesen Ländern in der täglichen Arbeitszeitverkürzung ihre einzige Chance: Eine drastische Verkürzung der täglichen Arbeitszeit würde anders als die 35-Stunden-Woche oder die Verkürzung der Lebensarbeitszeit mehr Arbeitsplätze schaffen und vor allem eine Gleichzeitigkeit der Lebensplanung von Mann und Frau ermöglichen. "Sozialismus heißt nicht nur Gleichheit, aber auch gelebte Partnerschaft zwischen Mann und Frau. Der Sechs-Stunden-Tag macht sie möglich." (-/4.5.1981/bgy/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

